

Abgeordnetenhaus BERLIN

## Öffentlich

## 16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## **Beschlussprotokoll**

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

## 49. Sitzung 21. September 2009

Beginn: 10:08 Uhr  
Schluss: 12:54 Uhr  
Anwesenheit: Liste siehe Anlage  
Vorsitz: Abg. Trapp (CDU)

三

## Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, die Punkte 5 und 6 der Tagesordnung vorzuziehen.

## Punkt 5 der Tagesordnung (vorgezogen)

Besprechung gem. § 21 Abs. 3 GO Abghs 0189  
**Polizeieinsatz auf der Demonstration Freiheit statt Angst** InnSichO  
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Die Fraktion der FDP begründet den Besprechungsantrag.

In der ausführlichen Aussprache nehmen auch Staatssekretär Freise (SenInnSport) und Polizeipräsident Glietsch Stellung.

Abschließend wird der Besprechungspunkt für erledigt erklärt.

## Punkt 6 der Tagesordnung (vorgezogen)

## Besondere Vorkommnisse

Staatssekretär Freise (SenInnSport) und Polizeipräsident beantworten Fragen und Nachfragen der Ausschussmitglieder und nehmen zu folgenden Themen Stellung:

1. Farbbeutelattacke auf ein Wahlkampfauto (Frage der CDU-Fraktion)
  2. Polizeieinsatz bei Anti-Al-Quds-Demonstration (Frage der Fraktion der GRÜNEN)
  3. Situation im Bereich der Kraftfahrzeugzulassungsstelle (Frage der CDU-Fraktion)
  4. Geplantes Konzert der Band „Kategorie C“ (Frage der SPD-Fraktion)
  5. CS-Reizgas-Angriff auf Polizeibeamte (Frage der Fraktion der FDP)
  6. Nächtliche Sperrung der Admiralbrücke (Frage der CDU-Fraktion)
  7. Gefährdungslage nach neuer Terrorvideobotschaft (Frage der SPD-Fraktion)
  8. Interviews für die Zeitung „Junge Freiheit“ (Frage der SPD-Fraktion)

## Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0181](#)  
**Das standardisierte Notabfrageprotokoll (SNAP) – Ist  
der Notruf „112“ durch 14 Fragen und regelmäßige  
Computerausfälle immer noch ein Fall für die erste  
Hilfe?**  
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Einvernehmlich aus Zeitgründen vertagt.

## Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU  
**Gesetz zur Änderung des Berliner Datenschutzgesetzes – Speicherung von Videoaufnahmen bis zu 48 Stunden lang**  
Drs 16/2028
- [0133](#)  
InnSichO(f)  
+StadtVerk
- b) Antrag der Fraktion der CDU  
**Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) zur Ausweitung der Möglichkeiten der Videoüberwachung**  
Drs 16/2266
- [0161](#)  
InnSichO

Die Fraktion der CDU begründet die Anträge zu a) und b).

Vorsitzender Trapp verweist auf die ausführliche Beratung der Anträge im Unterausschuss „Datenschutz und Informationsfreiheit“.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich – gegen CDU –, die Ablehnung des Antrags auf Drs 16/2028 zu empfehlen.

Ebenfalls mehrheitlich – gegen CDU – wird beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drs 16/2266 zu empfehlen.

## Punkt 3 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der FDP  
**Aufarbeitung des Stasi-Unrechts beschleunigen: Auswirkungen von IM der Stasi auf Berlin prüfen**  
Drs 16/2494
- [0179](#)  
InnSichO  
+Hauptausschuss

Die Fraktion der FDP begründet den Antrag. In der Beratung nehmen auch Staatssekretär Freise und Polizeipräsident Glietsch Stellung.

Die Fraktion der FDP beantragt folgende Änderungen:

I. zu 1. wird der Einleitungshalbsatz wie folgt gefasst:

„Der Senat soll eine wissenschaftliche Untersuchung durch den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen unterstützen, die untersucht ...“

II. In 2. werden die Worte „in Auftrag geben“ durch das Wort „unterstützen“ ersetzt.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich – mit SPD und Linksfraktion gegen CDU, GRÜNE und FDP –, den Antrag auf Drucksache 16/2494 auch mit den genannten Änderungen abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung -  
**Achtes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**  
Drs 16/2591

[0185](#)

InnSichO

Die Gesetzesvorlage wird von Frau Bischoff (SenStadt) begründet.

Der Ausschuss beschließt einstimmig – bei Enthaltung GRÜNE und FDP –, die Annahme der Vorlage zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert ihren Unmut, dass die Fraktion der CDU in der 48. Sitzung Äußerungen des LKA-Direktors unkommentiert belassen, aber zu einem späterem Zeitpunkt parlamentarisch thematisiert hätte.

Nächste (50.) Sitzung: 12. Oktober 2009 (Fortsetzung der Haushaltsberatung); der Ausschuss erwartet die Vorlage der angeforderten Berichte bis spätestens Mittwoch, 7. Oktober 2009, im Ausschussbüro.

**Der Vorsitzende**

**Der Schriftführerin**

**Peter Trapp**

**Marion Seelig**